

Bach, Stefan et al.

Article

Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bach, Stefan et al. (2013) : Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 26, pp. 3-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/77872>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren

Von Stefan Bach, Guido Baldi, Kerstin Bernoth, Jürgen Blazejczak, Björn Bremer, Jochen Diekmann, Dietmar Edler, Beatrice Farkas, Ferdinand Fichtner, Marcel Fratzscher, Martin Gornig, Claudia Kemfert, Uwe Kunert, Heike Link, Karsten Neuhoff, Wolf-Peter-Schill und C. Katharina Spieß

Kurz vor der Bundestagswahl 2013 schwimmt Deutschland in den Augen der Ökonomen auf einer Welle der Euphorie: Kaum ein anderes Euroland hat die Finanz- und Schuldenkrise so gut gemeistert. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist seit 2009 um mehr als acht Prozent gewachsen, es entstanden rund 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze. Die öffentlichen Haushalte wurden konsolidiert, im Jahr 2012 gab es einen fiskalischen Überschuss von 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Eine glänzende Bilanz für ein Land, das vor zehn Jahren noch als der „kranke Mann Europas“ galt – aber auch eine einseitige. Setzt man andere Vergleichsgrößen an, trübt sich das Bild erheblich ein: Seit 1999 hat Deutschland im Vergleich zum Euroraum ein niedrigeres Wirtschaftswachstum erzielt. Die Reallöhne sind seit 1999 kaum gestiegen, und die realen Konsumausgaben haben im Eurozonen-Durchschnitt deutlich kräftiger zugenommen als in Deutschland. Stark geschrumpft ist das deutsche Staatsvermögen: Lag es 1999 noch bei etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so ist es bis 2011 auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zusammengeschrumpft und steht damit für künftige Generationen nicht mehr zur Verfügung. In vielen Bereichen ist Deutschland nicht wirklich vorangekommen, in einigen deutlich hinter andere Länder zurückgefallen. Diese Rückstände sind durch die zuletzt gute Entwicklung nicht wieder aufgeholt worden.

Insgesamt hat Deutschland erhebliche Wachstumschancen verpasst. Die Bundesrepublik ist nicht nur einer der Exportweltmeister, sondern auch einer der Sparweltmeister. Kaum ein Industrieland hat eine so hohe private Sparquote wie Deutschland. Diese hohen Ersparnisse wurden zu großen Teilen nicht hierzulande, sondern im Ausland investiert. Dort brachten sie aber nicht die erhofften Erträge. Seit 1999 haben deutsche Investoren rund 400 Milliarden Euro

durch schlechte Investitionen im Ausland verloren, etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Von 2006 bis 2012 waren es sogar rund 600 Milliarden Euro – das sind 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Das Geld, das im Ausland verloren wird, fehlt im Inland für Investitionen. Die deutsche Investitionsquote ist im internationalen Vergleich gering, und sie sinkt weiter. Im Jahr 1999 lag sie bei rund 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, heute sind es nur noch knapp über 17 Prozent. Selbst in Ländern mit gegenwärtig schwierigem wirtschaftlichen Umfeld wie Frankreich und Italien wurde wesentlich mehr investiert. Dabei stellt Deutschland aufgrund seiner Spezialisierung auf forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen vergleichsweise hohe Anforderungen an das Produktionsumfeld hinsichtlich Humankapital, Ressourcenschonung sowie Mobilität und müsste deswegen deutlich mehr investieren als andere Länder, um ein gesundes Wachstum und damit auch Einkommenssteigerungen langfristig sicherstellen zu können.

Im Vergleich mit dem Durchschnitt der Eurozone (ohne Deutschland) hat sich in Deutschland seit 1999 eine Investitionslücke von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gebildet. Kumuliert seit 1999 entspricht dies etwa einer Billion Euro – das sind mehr als 40 Prozent des aktuellen BIP. Hätte die Investitionsquote in etwa dem Durchschnitt des Euroraumes entsprochen, wäre das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf jährlich um knapp ein Prozent stärker gewachsen.

Ein Großteil der Investitionen wird von Unternehmen und privaten Haushalten geleistet. Wenn sie auch nur einen Teil ihrer Investitionen umleiten und das Geld künftig rentabel in Deutschland investieren, statt wie in der Vergan-

genheit im Ausland zu verlieren, ist viel gewonnen – auch für die Investoren. Denn die Investitionen in Deutschland haben sich in den 2000er Jahren als gesamtwirtschaftlich äußerst rentabel erwiesen. Ein anderer Teil der Investitionsleistung muss vom Staat erbracht werden. Er hat Spielraum dafür, trotz Schuldenbremse. Im vergangenen Jahr wurde – bei schwachem Wirtschaftswachstum – erstmals ein kleiner Überschuss erzielt. Bis 2017 werden die jährlichen Überschüsse bis auf rund 28 Milliarden Euro steigen. Gleichzeitig sind die Finanzierungskosten für den deutschen Staat derzeit so niedrig wie noch nie. Das verschafft Spielraum, ohne dass zwangsläufig über die Einnahmen- oder Ausgabenseite diskutiert werden muss.

Zentral ist die Frage, wie eine erhöhte private Investitionstätigkeit in Deutschland in Gang gesetzt und die Investitionslücke mittelfristig geschlossen werden kann. Einen Beitrag werden die Reaktionen auf die erheblichen Wertverluste leisten, die in den vergangenen Jahren auf Auslandsinvestitionen entfielen. Private Investoren werden ihre Anlagestrategien anpassen, und Investitionen in Deutschland dürften an Anziehungskraft gewinnen. Des Weiteren wird eine verstärkte öffentliche Investitionstätigkeit in Bereichen wie Bildung und Verkehrsinfrastruktur die inländischen Produktionsbedingungen verbessern. Die erhöhte Standortattraktivität wirkt dann als treibender Faktor für private Investitionen. Wesentliche Impulse auf die private Investitionstätigkeit gehen zudem von der Umsetzung der Energiewende aus.

Von den „Renditen“ der zusätzlichen Investitionen profitieren der Staat und die Arbeitnehmer: Ein Schließen der Investitionslücke könnte unseren Schätzungen zufolge in der mittleren Frist zu deutlich höherem Wirtschaftswachstum führen; im Jahr 2017 läge das Potentialwachstum um 0,6 Prozentpunkte höher, als es im Szenario anhaltend niedriger Investitionstätigkeit liegen würde. Statt einem Potentialwachstum von rund einem Prozent läge es bei 1,6 Prozent. Das würde nicht nur helfen, die Staatsschulden zu reduzieren, sondern über eine höhere Arbeitsproduktivität auch ein stärkeres Lohnwachstum ermöglichen.

Den Wissenschaftlern des DIW Berlin geht es darum, die Dringlichkeit und die Chancen des Themas Investitionen

in Deutschland aufzuzeigen und beispielhaft drei Investitionsfelder zu nennen, auf denen zusätzliche Investitionstätigkeit besonders fruchtbar wäre: Energie, Verkehrsinfrastruktur und Bildung. Dabei erhebt diese Studie nicht den Anspruch, einen genauen Investitionsplan vorzuzeichnen, umfassend alle Bereiche mit Investitionsmöglichkeiten zu analysieren oder Akteuren einzelne Investitionsentscheidungen abzunehmen.

Die Umsetzung der Energiewende erfordert erhebliche Investitionen in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmebereich und in Infrastruktur, insbesondere bei den Stromnetzen. Außerdem sind umfangreiche Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz erforderlich, beispielsweise durch Wärmedämmung von Gebäuden. Ohne solche Investitionen sind die Ziele der Energiewende nicht erreichbar. Die Umsetzung der Energiewende entsprechend den Planungen der Bundesregierung nehmen wir hierbei als gegeben an und zeigen auf, welche Chancen sie bietet. So verdeutlichen unsere Modellrechnungen, dass sich der Umbau der Energieversorgung dauerhaft positiv auf die Wertschöpfung in Deutschland auswirken kann. Die Grundlage für entsprechende Investitionen, die überwiegend privatwirtschaftlich finanziert werden müssen, sind jedoch stabile Rahmenbedingungen in allen genannten Bereichen.

Die Erhaltung einer quantitativ und qualitativ leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist eine grundlegende Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand in Deutschland. Allerdings wurden Investitionen in die Erhaltung und Qualitätssicherung der Verkehrsinfrastruktur in den letzten Jahren substantiell vernachlässigt: Allein bei der Erhaltung der Verkehrswege zeigen die Berechnungen unserer Kurzexpertise für die vergangenen Jahre eine jährliche Investitionslücke von knapp vier Milliarden Euro auf. Geht man von mindestens dieser Investitionslücke für die Substanzerhaltung der Verkehrsinfrastruktur auch in den kommenden Jahren aus und berücksichtigt darüber hinaus den aufgrund der jahrelangen Vernachlässigung aufgelaufenen Nachholbedarf, so dürfte der zusätzliche jährliche Investitionsbedarf, der im Wesentlichen von der öffentlichen Hand finanziert werden muss, bei mindestens 6,5 Milliarden Euro liegen. Hinzu kommen schwerer abschätzbare zusätzliche Investitionen

in Fahrzeuge sowie punktuelle Netz- und Kapazitätserweiterungen.

Ausgaben im Bildungssektor fallen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zwar nicht unter Investitionen, sondern unter staatliche Konsumausgaben. Trotzdem ist der Bildungsbereich wirtschaftlich zu den wichtigsten Investitionsfeldern zu zählen. Er ist ein zentraler Zukunftsfaktor für moderne Volkswirtschaften. Investitionen in diesem Bereich zahlen sich gesamtwirtschaftlich besonders aus. Mit Bildungsausgaben von rund 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt Deutschland hier aber unter dem EU-21-Durchschnitt und auch unter dem OECD-33-Mittel von 6,2 Prozent. Besonders großen Nachholbedarf hat Deutschland im frühkindlichen Bereich, wo die in Aussicht stehenden Bildungsrenditen besonders hoch sind, sich Investitionen also besonders auszahlen.

Es ist dringend an der Zeit, dass Deutschland die Investitionsschwäche angeht und den Investitionsrückstand aufholt. Und es ist wichtig, dass Deutschland jetzt die Weichen dafür stellt. Denn die Früchte und Erfolge solcher Investitionen brauchen Zeit. Zudem sind Deutschland und vor allem Europa weiterhin in der Krise und in einer konjunkturell sehr schwachen Lage. Höhere private und öffentliche Investitionen würden jetzt nicht nur das Wachstum in Deutschland stärken, sondern auch einen wichtigen Impuls für Europa setzen. Dies stellt den besten Beitrag dar, den Deutschland zurzeit leisten kann, um seinen Nachbarn zu helfen. Zudem ist die Investitionslücke jetzt anzugehen, da sich der deutsche Staat, aber auch Unternehmen und Haushalte, noch nie so günstig finanzieren konnten wie heute. Langfristig gesehen ist deshalb eine solche Strategie nicht nur fiskalisch möglich, sondern einem nachhaltigen fiskalischen Konsolidierungskurs sogar zuträglich.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Prof. Dr. Martin Gornig
Dr. Katharina Wrohlich

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.